



Zweites Symposium „Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand“

Die Rolle der Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft

Impulsgeber: *Kai Schlegelmilch*, Stellvertretender Vorsitzender des Forums *Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.*

Höhere Besteuerung von Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung bei niedrigerer Besteuerung von Arbeit

Denkanstöße

Derzeit besteuern wir Arbeit sehr hoch, während der Umweltverbrauch nur gering besteuert wird. Damit reizen wir weniger Beschäftigung und verschwenderischen Umweltverbrauch an. Aber gesellschaftlich wollen wir das Gegenteil: geringen Ressourcenverbrauch und möglichst viele Arbeitsplätze. Oder präziser ausgedrückt: Die Beschäftigung sollte ein ausreichendes Einkommen ermöglichen, um die wesentlichen Bedürfnisse zu decken, zugleich aber auch nicht für unangemessen hohe Einkommen sorgen, die durch unnötig hohen Konsum zur weiteren Zerstörung der Umwelt beitragen.

Daher ist eine deutlich veränderte Steuerpolitik erforderlich, die zu den gesamtgesellschaftlichen Zielen beiträgt und ihnen nicht zuwiderläuft.

Während eine höhere Energiebesteuerung und insgesamt eine stärkere Ressourcenbesteuerung im Vordergrund einer solchen Politik steht, sollten aber auch ökologisch kontraproduktive Regelungen und Steuerermäßigungen geändert werden. So ist die Entfernungspauschale eine steuerliche Abzugsmöglichkeit, von der insbesondere Pendelnde profitieren, die weit weg von ihrem Arbeitsplatz wohnen. Diese Form der Subventionierung sollte abgeschafft werden. Warum muss der Staat das finanzieren? In Zeiten heutiger Mobilität ist das nicht mehr angemessen, die USA sind in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel, eine derartige Steuersubventionierung gibt es dort nicht.

Noch deutlicher wird die Widersprüchlichkeit am Beispiel der fehlenden Kerosinbesteuerung und der Dienstwagensubventionierung: Hier sprechen sowohl ökologische als auch soziale Gründe für eine Abschaffung dieser Regelung, denn die sozial Schwachen profitieren nicht davon, statt dessen werden aber Sozialleistungen gekürzt, weil vermeintlich kein Geld da sei.

Neben der Einnahmenseite des Staates, insbesondere in Form der Besteuerung, ist ganz wesentlich, dass auch die Ausgaben des Staates nicht den oben genannten gesellschaftlichen Zielen zuwider laufen. Was wäre kontraproduktiver als eine Ausgabenpolitik, mit der auch noch die mühsam erwirtschafteten Steuergelder für nicht gewünschte Projekte und Aktivitäten wie zum Beispiel übermäßigen Straßenbau, und hier insbesondere -neubau, verschwendet werden?

Zusammengefasst: Sowohl Steuer- und Ausgabenpolitik sämtlicher öffentlicher Haushalte müssen sich an den gesamtgesellschaftlichen Zielen orientieren. Sie sollten einander nicht widersprechen, um keine Steuergeldverschwendung darzustellen. Alle Parteien verfolgen diese Linie mehr oder weniger. Aber populär ist diese Politik gleichwohl nicht, so dass es mutige Politiker braucht und wir diese wählen sollten, damit sich etwas in diesem Sinne ändert. Daher informiert das FÖS und sein europäischer Ableger Green Budget Europe (www.green-budget.eu) diese und stattet sie mit guten Argumenten und Fakten aus, damit sie so ermutigt werden, eine solche Politik auch umzusetzen.